

Rede Bürgertag 16. Oktober 2018

Dr. Herlind Gundelach

Präses des Zentralausschuß

Hamburgischer Bürgervereine von 1886 r.V.

Anrede,

fast genau vor einem Jahr fand unser letzter Bürgertag statt, rund drei Wochen nach der Bundestagswahl 2017. Ich hatte damals unter Ihrem großen Beifall alle untereinander koalitionsfähigen Parteien im Deutschen Bundestag aufgefordert, ihr kleinkariertes Egoistentum hintanzustellen und in der schwierigen und für Deutschland ungewohnten Parteienkonstellation nach einer Bundestagswahl möglichst rasch zu einer handlungsfähigen Regierung zu kommen. Denn Probleme, deren Lösung dringend anstand, lagen ausreichend auf der Straße.

Was daraus bis heute geworden ist, brauche ich nicht zu sagen, ein Ruhmesblatt für die Politik und die handelnden Personen ist es jedenfalls nicht.

Eine Umfrage, über die jüngst das Handelsblatt berichtete, besagt, dass fast zwei Drittel der Bürger, die in Demokratien leben, davon überzeugt sind, dass ihre Regierung „selten“ oder „nie“ im Interesse der Öffentlichkeit handelt. In autoritären Staaten zweifeln übrigens nur 41 % der Bürger an ihrer Regierung.

Daraus sollen Sie jetzt aber nicht den Schluss ziehen, wir sollten unser demokratisches System abschaffen, es sagt uns aber, Demokratie ist

nicht selbstverständlich, auch in Deutschland nicht, obwohl wir uns lange und auch heute noch als Fels in der Brandung verstehen.

Wenn der Befund so stimmt, und ich setze mal voraus, dass er zumindest sehr wahrscheinlich ist, denn viele Indizien sprechen dafür, dann stellt sich doch die Frage, wo liegen die Ursachen und was sind die Instrumente derer, die diesen Zustand herbeigeführt haben.

Ein zentraler Grund liegt offensichtlich in dem zerstörerischen Wandel, der über alte Gemeinsamkeiten und Sicherheiten hinweggeht.

Die Globalisierung der vergangenen 25 Jahre hat vor allem am unteren Rand der Gesellschaft zu stagnierenden Realeinkommen geführt und zusammen mit der Agenda 2010 bis in die Mittelschichten hinein Abstiegsängste hervorgerufen.

Ein weiterer Grund für die Krisenstimmung in der Bevölkerung: In weiten Teilen der Medien wird die anstehende digitale Transformation der Wirtschaft als Bedrohungsszenario dargestellt, nach dem Motto: „Die Roboter nehmen uns die Arbeit weg“. Und durch den massiven Zustrom von Flüchtlingen in den vergangenen drei Jahren haben die Bürger das Vertrauen verloren, dass Staat und Politik in der Lage sind, die gesellschaftlichen Probleme im Land zu lösen. Ein Teil der Bürger ist stark verunsichert – in den neuen Ländern weitaus stärker noch als im Westen.

Digitalisierung und Globalisierung verunsichern also bis tief in unsere Gesellschaft hinein, ja sie haben sogar in unserer bislang sehr homogenen Mittelschicht zu erheblichen Verwerfungen geführt.

Diese Mittelschicht war noch bis in unser Jahrhundert hinein, also rund 60 Jahre lang, das stabile Korsett, das unser Land trug. Wir

waren eine weitgehend homogene Gesellschaft, geprägt durch ähnliche Lebensformen, ähnliche Aufstiegs- und Fortschrittsversprechen, weitgehend übereinstimmende Leitbilder und Werte für Millionen von Menschen.

Diese einstmals homogene und stabilisierende Mittelschicht fällt nun zunehmend auseinander, sie zerfällt in aufsteigende und absteigende Milieus. Und diese Milieus haben ihre Standorte auf der deutschen Landkarte.

Die aufsteigenden Milieus konzentrieren sich in den großen Städten und in manchen Ballungsräumen, nicht in allen, wie z.B. das Ruhrgebiet zeigt, während sich die absteigenden Milieus in den kleineren Städten und auf dem Land wiederfinden. Hier gibt es übrigens auch kaum Unterscheidung zwischen Ost und West.

Es ist unwahrscheinlich, dass wir diese Entwicklung wieder zurückdrehen können, selbst wenn Politik das manchmal vorgaukelt, denn Globalisierung und Digitalisierung lassen sich nicht aufhalten.

Hamburg gehört zweifellos zu den Gewinnern der Digitalisierung und Globalisierung, auch wenn es in unserer Stadt durchaus auch Probleme gibt, deren Lösung noch intensiver angegangen werden muss. Dazu gehört zweifelsfrei das Thema Wohnen, das unsere Bürgervereine beinahe täglich umtreibt, das den Spagat erfordert zwischen immer mehr Wohnungen und dem Bild von der grünen Stadt am Wasser, das wohl für die meisten Hamburger identitätsstiftend ist.

Ich habe schon vor Monaten der SAGA angeboten, mit ihr darüber in einen Diskurs einzutreten, und zwar bis hinunter in den Stadtteil, denn dort sind wir schon seit mehr als hundert Jahren vertreten,

kennen insofern die Interessen und Befindlichkeiten unserer Bürger uns sind unabhängig und überparteilich. Ich habe aber bislang von der SAGA keinerlei Antwort erhalten, Bürgerbeteiligung stelle ich mir anders vor, zumal uns Bürgervereine eine Bürgerbeteiligung kennzeichnet – und zwar von Anfang an -, die auf konstruktive und gemeinsame Lösungen setzt und die nicht einfach nur dagegen ist.

Und ich kann mir auch noch weitere Themenfelder für eine gelungene Kooperation vorstellen, von der Mobilität bis hin zur Energieversorgung, die immer mehr zu einem nicht unerheblichen Kostenfaktor vor allem für die weniger Betuchten unserer Gesellschaft wird.

Aber es geht, wenn wir unser Land wieder zu einem stabilen Faktor machen wollen, nicht nur um, ich nenne es mal die Hardware, es geht auch um die weichen Faktoren, um die Kultur des Zusammenlebens, um die Kultur, wie wir miteinander umgehen.

Dazu gehört zunächst, dass wir ehrlich miteinander umgehen, d.h. wenn wir Rechtsbrüche von rechts verurteilen, was ich absolut unterstütze, dann dürfen wir auch auf dem linken Auge nicht blind sein. Im Augenblick scheint mir das etwas zu halbherzig zu sein.

Man sagt immer: Geschichte wiederholt sich nicht. Das stimmt mit Sicherheit, bezogen auf konkrete Abläufe und Ereignisse, das stimmt aber schon nicht mehr, bezogen auf geschichtliche Strukturen. Und so wie die Weimarer Republik nicht nur am Versailler Diktat zugrunde gegangen ist, sondern ganz wesentlich auch an der Nicht-Akzeptanz der zugegeben mühsamen und aufwendigen Verfahren, in der Demokratie zu Lösungen zu kommen, also den mühsamen Prozess der Kompromiss- und Konsenssuche, und zwar von rechts wie von links. So wurde der parlamentarischen Demokratie, die das erste Mal in der

Geschichte Deutschlands ihre Leistungsfähigkeit hätte unter Beweis stellen können, erst gar keine Chance gegeben.

Deshalb müssen wir sensibel bleiben gegenüber jedem Versuch, uns aus der historischen Verantwortung zu stehlen oder die freiheitliche Demokratie erneut in Frage zu stellen.

Demokratie ist fragil und anspruchsvoll. Aber auf ihr gründet der Erfolg unseres Landes, um den uns so viele in der Welt beneiden und weshalb auch so viele zu uns kommen wollen.

Die in der Tat derzeit herausragende Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation kann und darf aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit sein. Denn nichts ist gesichert. Den Willen, diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, müssen wir stets neu aufbringen. Und wir heißt nicht, die da oben oder die anderen, sondern wir heißt: wir alle, gemeinsam.

Freiheitliche Demokratie: Das bedeutet für jeden von uns Freiheit zur Mitbestimmung – und bei den unveräußerlichen Grundrechten: Freiheit von Fremdbestimmung!

Freiheitliche Demokratie gründet auf Gewaltverzicht, auf Meinungsvielfalt, Toleranz und gegenseitigem Respekt.

In einer freiheitlichen Demokratie regiert die Mehrheit. Aber der Mehrheitswille ist begrenzt durch die Prinzipien von Gewaltenteilung und Minderheitenschutz.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – die Gesetzgebung und ihre Anwendung, die Rechtsprechung. Auch wenn wir vielleicht nicht jedes Urteil verstehen oder gar teilen. Ein sensibles Verhältnis, aber es ist

der Kern dessen, was uns in der westlichen Staatengemeinschaft verbindet oder jedenfalls verbinden sollte.

Unser Bundestagspräsident hat anlässlich des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit eine aus meiner Sicht beachtenswerte Rede gehalten.

Mit der Gelassenheit seines Alters entwarf er ein Bild der Zukunft, schöner und zugleich realistischer, als wir es in der Regel in der Zeitung lesen oder gar in den zahlreichen Talkshows hören, in denen wir mit den stets gleichen Diskutanten konfrontiert werden und in denen man meinen könnte, unser Land stehe kurz vor dem Zusammenbruch.

„Selbstvertrauen – Gelassenheit – Zuversicht“ ist nach Schäuble der Dreiklang eines zeitgemäßen Patriotismus

Und dazu gehört u.a., nicht aus jeder Sachdebatte eine Grundsatz- bzw. Wertedebatte zu machen, wozu wir Deutsche ganz besonders neigen. In keiner Sprache wird das Wort „grundsätzlich“ so häufig gebraucht wie bei uns. Es gilt, einfach erst die Probleme sorgfältig zu analysieren und dann Lösungen zu entwickeln

Nicht Wunschvorstellungen oder Ideologien gehören in den Raum gestellt, für deren Durchsetzung dann die eigenen Argumente passend gemacht werden bzw. die Argumente der anderen als unethisch und selbstsüchtig zurückgewiesen werden, weshalb man die Kompromiss-suche meint grundsätzlich ablehnen zu dürfen.

Verschiedenheit zu akzeptieren, die Vielfalt legitimer Interessen, Blickwinkel und Meinungen anzuerkennen und die eigenen

Vorstellungen nicht zum Maß aller Dinge zu erklären: Das ist der gedankliche Schlüssel, um ein Mehr an Gemeinsamkeit zu schaffen.

Statt im gesellschaftlichen Konsens Lösungen voranzutreiben, wird protestiert und demonstriert. Auch demokratisch gefasste Beschlüsse werden im Nachhinein in Frage gestellt, wenn sie nicht mehr den eigenen Wünschen entsprechen.

Demokratie und demokratische Entscheidungen sind aber nicht die Eier legende Wollmilchsau, sie sind kein Wunsch-Dir-was für alle Gelegenheiten, mit ihr sind immer auch Unzulänglichkeiten und Unzufriedenheiten, manchmal auch Ungerechtigkeiten verbunden. Auch das müssen wir aushalten.

Umso mehr müssen wir miteinander reden und miteinander im Gespräch bleiben. Die Verteidigung der liberalen Demokratie braucht jetzt starke Anwälte aus der Zivilbevölkerung.

Streit ist notwendig. Der demokratische Zusammenhalt beweist sich gerade im Konflikt. Gefahr entsteht da, wo wir uns nichts mehr zu sagen haben. Demokratische Willensbildung basiert auf Wettbewerb, auf Austausch und Verständigung. Wo das nicht mehr stattfindet, wird die Legitimation von Politik in Frage gestellt.

Diese demokratische Willensbildung ist aber nicht die Aufgabe von Politik oder den Politikern allein, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der auch wir Bürgervereine uns stellen müssen.

Und das tun wir und wollen wir auch. Vielleicht, ja sogar sehr wahrscheinlich können wir es an der ein oder anderen Stelle auch besser machen, aber ich verspreche Ihnen in unser aller Namen, das werden wir tun.

Denn Hamburg und sein Wohlergehen liegen uns am Herzen und das schon seit unserer Gründung vor weit mehr als hundert Jahren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

